

**WETTER**



**Heute** herrscht trockenes und oft auch sonniges Wetter. Im Tagesverlauf kommt mäßiger Föhn auf.

**Seite 8**

# NEUE Vorarlberger Tageszeitung

**DIENSTAG**, 8. NOVEMBER 2022

Eine Marke von **russmedia**

Nummer 261 - € 2,00

**WIRTSCHAFT**

## Herausfordernd

Asfinag-Vorstand Hartwig Hufnagl über millionenteure Straßensanierungen, Windräder an Autobahnbrücken und den „Nicht-Dialog“ von Politikern.

**Seiten 22/23**



**POLITIK.** Bei den Midterm-Wahlen entscheiden die US-Amerikaner über die Neubesetzung des Repräsentantenhauses und eines Drittels des Senats. Die Wahl bringt auch Auswirkungen auf Europa mit sich. **Seiten 2/3**

MARK MAKELA/GETTY IMAGES/AFP

**VORARLBERG**

### Bahnbrechend

Eine Bürgerinitiative setzt sich für die Unterflurlösung beim Bahnausbau in Bregenz ein, gegen die Präferenzen der ÖBB und trotz erwartbar hoher Projektkosten. **Seiten 10/11**

**VORARLBERG**

### Schutt und Asche

Der Großbrand des Postverteilercentrums in Koblach hat seine Folgen. Vieles ist den Flammen zum Opfer gefallen. Doch wichtige Briefe seien nicht darunter. **Seiten 12/13**



**VORARLBERG**

### Mordanklage

Wegen Mordes hat die Staatsanwaltschaft Feldkirch Anklage gegen eine 38-jährige Schwarzacherin erhoben. Sie soll im April ihren Ehemann vorsätzlich getötet haben. **Seiten 14/15**

**VORARLBERG.** Die Finanzmarktaufsicht strafte erstmals die Vorarlberger Landesversicherung.

**Seiten 16/17**

**CHAMPIONS LEAGUE.** Die Achtelfinal-Auslosung brachte die Neuauflage zweier Endspiele.

**Seiten 24/25**

## GESUNDHEIT

### Mobile Impfstraße macht Station

Wer sich ohne großen Aufwand die Covid-Schutzimpfung holen möchte, kann dies heute unter anderem bei der mobilen Impfstraße im Walsershaus in Hirschegg tun. Mit Termin wird dort von 15 bis 19 Uhr geimpft, ohne Termin von 17 bis 19 Uhr. Am Donnerstag macht die mobile Impfstraße in Rankweil halt, wo man sich zu denselben Uhrzeiten im Vereinshaus den Stich holen kann.

Impfbereite Personen können zwischen den zur Verfügung stehenden Impfstoffen frei wählen: Der Variantenimpfstoff BA1 von Pfizer und Moderna sowie der Variantenimpfstoff BA4/5 von Pfizer können auf der Anmeldeplattform als Impfstoff für Auffrischungen ausgewählt werden. „Der neue angepasste Impfstoff ist auf die derzeit vorherrschende Virusvariante Omikron BA4/5 zugeschnitten. Wir haben den aktuell richtigen Impfstoff zur richtigen Zeit“, so Impfkoordinator Robert Spiegel. Mitzubringen sind die persönliche E-Card, ein amtlicher Lichtbildausweis, der Impfpass und – wenn möglich – der bereits ausgefüllte Impf-Fragebogen.



Die mobile Impfstraße tourt weiterhin durchs Land. HARTINGER

# Bürger wollen Bahnbrechendes

## Ein Informationsabend zur Unterflurtrasse offenbarte am Montag erneut die politischen Differenzen beim Bahnausbau.

Von Moritz Moser  
moritz.moser@neue.at

Der Hofsteigsaal in Lauterach konnte am Montagabend nicht nur mit einer hohen Dichte an Männern mittleren bis gesetzten Alters aufwarten, sondern bot auch eine spannende Debatte zum möglichen Bahnausbau rund um Bregenz. Im Zentrum stand die seit den 40er-Jahren diskutierte Unterflurtrasse, mit der die Bahnstrecke nach Deutschland ausgebaut und unter die Erde verlegt werden soll.

Den Auftakt machte eine mit martialischen Tönen unterlegte Animation der möglichen Streckenführung zwischen Wolfurt und Hörbranz, die mit Applaus quittiert wurde. Pius Schlachter, Sprecher der Initiative „mehr am See“, hob hervor, dass es mittlerweile einen Konsens gebe, dass es einen Bahnausbau geben müsse. Bisher hätten sich die ÖBB auf den Standpunkt gestellt, dass es in den nächsten 30 Jahren keinen Ausbau brauche. Dass der zuständige Mobilitätslandesrat Daniel Zadra (Grüne) verhindert war, wurde im Publikum mit partieller Heiterkeit quittiert.

„Heute baut man keine Gleise mehr oberirdisch.“

Heidi Senger-Weiss,  
Logistikunternehmerin

„Wir empfinden es als Privileg, dass wir die Bahn im Dorf haben“, zeigte sich der Lauteracher Bürgermeister Elmar Rhomberg ebenfalls grundsätzlich positiv. Man könne aber nicht „einfach nur Gleise dazulegen“. Es gebe immerhin zwei scharze, einen parteilosen, einen grünen und einen roten Bürgermeister, die sich in der Sache einig seien. „Wir müssen jetzt die richtigen Schienen legen, damit die nächsten Generationen dann die gute Ernte haben“, so Rhomberg. Es liege ihnen aber fern, etwas zu blockieren.

**Badische Straßenbahn als Vorbild.** Frank Nenninger, der technische Geschäftsführer der Karlsruher Schieneninfrastruktur GmbH, präsentierte im Anschluss den unterirdischen Straßenbahnausbau in der ehemaligen badischen Hauptstadt. Dort wurde nach langjährigen Vorplanungen bis heuer die sogenannte U-Strab errichtet. Die Kosten verdreifachten sich von unter 500 Millionen auf 1,5 Milliarden Euro. Nicht umsonst mahnte Nenninger eine ehrliche Kostenplanung als Voraussetzung für ein solches Projekt ein. Man müsse einen „Puffer berücksichtigen“. Er müsse die Preissteigerung aber relativieren, da das Projekt 2004 berechnet und erst 2009 vergeben worden sei.

Im Gegensatz zum Bahnausbau im Unterland ging es in Karlsruhe jedoch um den öffentlichen Nahverkehr, nicht um eine internationale Eisenbahnverbindung mit Güterverkehr. Was auch in der anschließend Fragerunde moniert wurde. „Für Güterzüge ist das nicht ausgelegt“, erklärte auch Nenninger. Es seien aber schon ähnliche Bahnprojekte gebaut worden. In Karlsruhe habe man auch keinen

langwierigen Schienenersatzverkehr einrichten müssen, wie er von den Gegnern der Unterflurlösung befürchtet wird. Landesrat Zadra hatte im Interview mit der NEUE erklärt, für ihn komme eine jahrelange Sperre der Bahnstrecke nicht infrage, da dadurch der über Jahre hinweg erreichte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs gefährdet werde.

Der anwesende Wirtschaftslandesrat Marco Tittler (ÖVP) hielt fest, dass es nun eine einmalige Chance gebe, den Lebensraum neu zu gestalten. Natürlich müsse man am Ende über die Kosten sprechen, aber man solle die Zahl nicht vorantreiben und damit die Diskussion beenden.

**Exportprobleme auf Schiene.** In der anschließenden Podiumsdiskussion erklärte Logistikunternehmerin Heidi Senger-Weiss, dass ohne Lkw-Verkehr die Vorarlberger Exportwirtschaft nicht funktionieren würde. Mit der eingleisigen Strecke nach Deutschland wäre das nicht möglich. Noch vor einem Jahr hätten die ÖBB behauptet, dass man bis 2040 an dieser Strecke nichts ändern müsse.

Etwa 60 Prozent des Vorarlberger Exports gingen „nach dem Norden“, diese könnten nicht „über dieses eine Gleichen“ gehen. Bei Kufstein müsse nun für die Brennerbahn ein zusätzlicher Tunnel gebaut werden, der wohl so viel koste wie das ganze Projekt in Vorarlberg. Doch die Tiroler seien sich einig, und daher werde das gebaut. Sie wünsche sich, dass sich Vorarlberg in der Sache auch einig wäre und sie durchboxe.

Hubert Rhomberg hielt fest, dass es eine politische Entscheidung sei, wie die Bahn gebaut



**Drunter oder drüber? Diese Frage wird die Öffentlichkeit noch länger beschäftigen.** STIPLOVSEK/PAUSCHAL

werde. Technisch sei es möglich. „Man kann den internationalen Verkehr nicht einfach acht Jahre abschneiden“, so Rhomberg. Es gebe aber auch hierfür Lösungen. Er spüre einen ideologischen Unterschied in der Landesregierung, so der IV-Vizepräsident. Wenn man beim Bahnausbau sage: „Das darf nicht unten sein, weil sonst komme ich mit dem Kiki nicht zum Bahnsteig“, lasse man die Wirtschaft zurück. Diese brauche die Kapazitäten auf der

Schiene. Auch Tittler gestand ein, dass der Güterverkehr zu lange stiefmütterlich behandelt worden sei. Es dürfe aber auch kein Auseinanderdividieren von Güter- und Personenverkehr geben. Er könne sich jedenfalls nicht vorstellen, dass großflächig Häuser abgerissen werden. Ihm habe das eingangs gezeigte Video gefallen, so der Landesrat, aber man müsse auch bedenken, dass der Bregenzer Bahnhof mehr als die zwei dort gezeigten Gleise habe.

## KOMMENTAR

# Die Krähen und ihre Augen



Von Moritz Moser

moritz.moser@neue.at

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, heißt es bekanntlich. Von der Politik hört man diesen Vorwurf immer wieder in Richtung Journalismus, und er ist nicht in jedem Fall völlig unberechtigt. Vielleicht muss man nicht so weit gehen wie Heinz-Christian Strache, der Journalisten bekanntlich als „die größten Huren“ bezeichnet hat. Aber die jüngsten Ereignisse geben der Branche zu Recht Anlass zur Selbstkritik.

Das Verhältnis zwischen Politik und Journalismus ist unglaublich vielschichtig. Politiker und ihre Mitarbeiter sind für Journalisten einerseits Informationsgeber, andererseits aber auch Kritikgegenstand. Die Medien beißen also regelmäßig die Hände, die sie füttern. Wenn einem einer etwas mehr gibt, ist damit oft auch die Hoffnung verbunden, in Zukunft nicht mehr oder zumindest sanfter gebissen zu werden. Dem gilt es von journalistischer Seite zu widerstehen.

Die Politik kommt auch gerne mit Wünschen auf Journalisten zu. Das tun andere Leser auch. Und genauso sollte man damit auch umgehen. Politiker haben auch schon inhaltliche Verbesserungen eingefordert, mit denen sie richtig lagen. Auch, dass sich jemand über einen Artikel beschwert, in dem er schlecht wegkommt, ist nichts Verwerfliches. Und oft wird man als Chefredakteur eher versuchen, das entrüstete Gegenüber einzufangen, ohne mit ihm zu brechen. Es ist eine Gratwanderung. Dabei darf man aber nicht die eigene Redaktion ans Messer liefern. Presse-Chefredakteur Rainer Nowak hat das gegenüber Thomas Schmid getan. Dieser fühlte sich von der Berichterstattung in seiner „Lieblingszeitung“ schlecht behandelt. Dass ein

Chefredakteur dafür sachlich fundierte Geschichten seiner Kollegen „abblasen“ soll, dass er Gefälligkeiten verspricht, um einen Job im staatsnahen Bereich zu bekommen, ist nicht nur unprofessionell, sondern menschlich unter aller Sau. Für Journalisten dieses Zuschnitts gilt dasselbe wie für Politiker: Früher oder später blattelt es sie auf, wie man in Wien sagen würde. Man kann vielleicht dafür sorgen, dass peinliche Mails, in denen man die Politik um einen Job für die eigene Freundin anbettelt, aus dem Netz verschwinden, aber wenn man sich dauerhaft so aufführt, fällt es einem früher oder später auf den Kopf. Vom potenziellelastischen Klinkenputzen bei den Roten oder Türkisen wächst einem auch kein Rückgrat.

Man kann auch nicht mit dem Vizekanzler journalistisches Personal per Direktnachricht verschieben und ihn gegen einen Partnersender aufstacheln, wie es ORF-TV-Chefredakteur Matthias Schrom getan hat. Dass es im ORF früher sicher einige Leute gab, die lieber die SPÖ retten wollten, hilft da nur bedingt. Zusammenschauend darf aber nicht übersehen werden, dass Nowak nicht wie Schrom im Rahmen eines durchpolitisierten öffentlich-rechtlichen Verhältnisses ungünstige Personalpolitik betrieben hat, sondern die eigenen Leute für den Chefposten beim ORF verkaufen wollte, indem er für Schmid Einfluss auf Geschichten nahm. Ein Ruhendstellen der Funktion ist hier nicht genug. Als Journalist kann man sich zur Selbstkontrolle die eigenen Handlungen als Schlagzeilen vorstellen: „Chefredakteur unterstützt Beförderung von Thomas Schmid, um selbst von der ÖVP zum ORF-General gemacht zu werden“ ist eher keine gute.